

Stadt Landshut

Aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB - BauGB - in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 08.08.2020 (BGBl. I S. 1728) und Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern - GO - i.d.F. der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl. S. 796), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 24.07.2020 (GVBl. S. 350) sowie Art. 81 Abs. 2 Bayer. Bauordnung - BayBO - i.d.F. der Bekanntmachung vom 14.08.2007 (GVBl. S. 588), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 24.07.2020 (GVBl. S. 381) erlässt die Stadt Landshut die Satzung:

DECKBLATT NR. 3 ZUM BEBAUUNGSPLAN NR. 03-92/1

"Hascherkeller-Erweiterung-West"

MIT INTEGRIERTEM GRÜNORDUNGSPLAN

Für die Aufstellung des Entwurfs

Landshut, den
Baureferat
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

Geiner
Amtsleiterin

Der Beschluss zur Änderung des Bebauungsplanes wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB vom Stadtrat am 02.02.2019 gefasst und ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Landshut Nr. 6 am 18.03.2020 bekanntgemacht. Die 1. Auslegung fand vom 26.03.2019 bis 26.04.2019 statt.

Landshut, den

Die Bebauungsplanänderung wurde als Entwurf vom Stadtrat am gebilligt und hat gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom bis öffentlich ausgelegen. Ort und Dauer der Auslegung wurden ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Landshut Nr. am bekanntgemacht.

Landshut, den

Der Stadtrat hat gem. § 10 Abs. 1 BauGB und Art. 81 Abs. 2 BayBO am die Änderung des Bebauungsplanes als Satzung beschlossen.

Landshut, den

Nach Abschluss des Planänderungsverfahrens ausgefertigt.

Landshut, den

Der Satzungsbeschluss der Bebauungsplanänderung und die Stelle, bei welcher der Plan während der Dienstzeiten von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, wurden ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Landshut Nr. am bekanntgemacht. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan gem. § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

A: FESTSETZUNGEN DURCH PLANZEICHEN

	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplans (S. 10 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 8 BauGB)		Verkehrsflächen (S. 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 8 BauGB)
	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Deckblattes (S. 10 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 8 BauGB)		Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
	Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze, z.B. II		Zweckbestimmung: Parken
GR	Gründungsfläche max. in m²		Zweckbestimmung: Verkehrsberuhigter Bereich
GF	Geschossfläche max. in m²		private Verkehrsfläche
WH	Traufwandhöhe max. in m UNN		Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
			Zufahrt/Ausfahrt

Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs:
Flächen für den Gemeinbedarf, Flächen für Sport- und Spielanlagen

	Fläche für Gemeinbedarf (S. 9 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 4, S. 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 8 BauGB)
	Schule
	Sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen

Bauweise, Baulinie, Baugrenze (S. 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, S. 12, 20 BauGB)

Baugrenze

	Grünflächen (S. 9 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 4, S. 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 8 BauGB)
	private Grünfläche
	öffentliche Grünfläche

Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (S. 9 Abs. 2 Nr. 10 und Abs. 4, S. 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 8 BauGB)

	Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft - Ausgleichsfläche
	Krautbaum zu entwickeln
	zu pflanzender Baum
	zu erhaltender Baum
	zu pflanzender Strauch
	zu entfernender Baum

B: HINWEISE DURCH PLANZEICHEN

	bestehende Grundstücksgrößen		Bodendenkmal
	Flurstücksnummer		Außentreppe
	bestehender Baum außerhalb Geltungsbereich		Stellplätze Bestand
	Bestandsgebäude außerhalb Geltungsbereich		Vorschlag Gebäude Planung
	Höhe Bestandsgebäude		

C: FESTSETZUNGEN DURCH TEXT

Soweit im Plan nichts anderes bestimmt, gelten für die Bebauung des gesamten Gebietes die Bestimmungen der BayBO - i.d.F. der Bekanntmachung vom 14.08.2007 (GVBl. S. 588), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 24.07.2020 (GVBl. S. 381), und der BauNVO i.d.F. vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 5786).

- Art der baulichen Nutzung:
Sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen können nur ausnahmsweise zugelassen werden, wenn die diesbezüglichen Immissionsschutzrechtlichen Anforderungen erfüllt werden.
- Äußere Gestaltung baulicher Anlagen:
Als maximale zulässige Traufwandhöhe (WH) gilt das Maß UNN am Höhenbezugspunkt bis zum Schnittpunkt der Außenwand mit der Dachhaut bzw. bis zum oberen Abschluss der Wand. Die max. WH für Zwischen- und Verbindungsbauten ist auf 10,75 m begrenzt.
Dachgestaltung:
Die Hauptbaukörper erhalten Satteldächer mit einheitlicher Dachdeckung.
Als Dachdeckung dürfen bei Satteldächern nur rote, nicht glänzende Dachziegel oder gleichwertige Betondachsteine verwendet werden.
Zwischen- und Verbindungsbauten sowie Nebengebäude sind mit extensiver Dachbegrünung zu erstellen. Dies gilt nicht für technische Einrichtungen, Belichtungsfächen, Vordächer und Fluchtbalkonüberdachungen. Auf allen Dächern sind zusätzlich die Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie zulässig. Für diese sind seitliche Abstände von 1,0 m zu den Gebäudekanten einzuhalten, soweit sie nicht in die Dachfläche integriert sind.
Dachguben, Zwerggiebel und Dachschneitte (negative Guben) sind unzulässig.
- Nebenanlagen:
Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO sind auf einer Fläche bis insgesamt 60 m² Grundfläche und einer maximalen Wandhöhe von 3,0 m auch außerhalb von Baugrenzen zulässig.
- Verkehrsflächen:
Stellplätze sind nur innerhalb der dafür festgesetzten Flächen zulässig. Die gemäß Stellplatzsatzung notwendigen Stellplätze werden mit den vorhandenen Stellplätzen des öffentlichen Verkehrs versehen. Somit ergibt sich ein Restbedarf von 5 Stellplätzen im Bereich der Gemeinbedarffläche.
Die Stellplätze sind ausschließlich in wasserdurchlässigen Belägen (z.B. Schotterterrassen, Rasengittersteine oder weiterrüper bzw. fugenreicher oder wasserdurchlässiger Pflasterbelag) und verkehrsergänzendem Unterbau auszuführen.
Erschließungsflächen sind als Pflasterflächen, Schotterterrassen oder als wassergebundene Decke auszubilden.
- Einfriedungen:
Für Einfriedungen privater Grünflächen sind hinterpflanzte Maschendrahtzäune oder Holzzäune bis 1,5 m ohne Sockel zulässig. Ein Abstand von min. 0,15 m zur Geländeoberfläche, zur Durchlässigkeit von Kleinsägen, ist einzuhalten.
Ballfangzäune entlang von Sportanlagen sind bis zu einer max. Höhe von 6,0 m, gemessen ab Geländeoberkante, zulässig. Es ist ein Abstand zur Grenze von min. 5,0 m einzuhalten.
- Stützmauern:
Stützmauern sind auch außerhalb der Baugrenzen zulässig. Stützmauern im Bereich der Außenmauer dürfen mit einer maximal schrägen Höhe von 3,50 m errichtet werden. Das Gelände in diesem Bereich darf im Zuge der Erschließung um bis zu 3,50 m aufgeteilt oder abgetragen werden. Böschungen dürfen max. 1:2 (Höhe/Breite) geneigt sein.
Weiterhin sind Schottergabionen bis 1,5 m als Stützmauern zulässig.

- Immissionsschutz:
Für die Errichtung, Änderung und Nutzungsänderung von baulichen Anlagen mit schutzbedürftigen Räumen im Sinne der DIN 4109-1:2016-07 "Schallschutz im Hochbau - Teil 1: Mindestanforderungen" (z.B. Unterrichtsräume, Büroräume) gelten nachfolgende Festsetzungen:
1. Die sich aus den festgesetzten maßgeblichen Außenlärmpegeln ergebenden erforderlichen Schalldämm-Maße der Außenbauteile nach der DIN 4109-1:2016-07 "Schallschutz im Hochbau - Teil 1: Mindestanforderungen" in Verbindung mit der E DIN 4109-1/A1:2017-01 "Schallschutz im Hochbau - Teil 1: Mindestanforderungen" sind zu planen, dass diese Fenster auf der, der „Altendorfer Straße“, abgewandten Fassaden aufweisen.
2. Klassenräume sind möglichst so zu planen, dass diese Fenster auf der, der „Altendorfer Straße“, abgewandten Fassaden aufweisen.
3. Die maßgeblichen Außenlärmpegel und die Bereiche, in denen Fenster zum Lüften geeignet sind, können alternativ auch auf Grundlage von Lärmpegelberechnungen und/oder Messungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ermittelt werden.
- Abfallbeseitigung:
Freistehende Tonnen, Container oder sonstige Behälter sind nicht zulässig.

D: FESTSETZUNGEN ZUR GRÜNORDNUNG

- private Freiflächen:
Nicht überbaute private Grundstücksflächen sind dauerhaft zu begrünen. Eine Befestigung dieser Flächen ist nur zur Herstellung notwendiger Wege und Pausenhilfen (entsprechend Schüleranzahl) möglich. Für eine Befestigung sind Pflasterflächen, Schotterrasen oder wassergebundene Decken zulässig.
- Grünordnung/Baumplantagen:
Neupflanzungen auf öffentlichen und privaten Grünflächen erfolgen min. in der Qualität Hochstamm, SIU 16-18. Im Bereich des östlichen Puffergrüns sind Bäume kleinerer Qualitäten, sowie mehrstämmige Gehölze, Sträucher und Hecken erlaubt. Baumarten siehe Pflanzliste. Die Verwendung von Nadelgehölzen ist nicht zulässig.
Bäume sind so zu pflanzen, dass sie gemäß Baumschutzverordnung der Stadt Landshut zu Versorgungsstrassen mindestens 2,50 m Abstand haben. Wo dieser Mindestabstand nicht eingehalten werden kann, sind im Einvernehmen mit den Versorgungsunternehmen geeignete Schutzmaßnahmen zu treffen.
- Antenschutz:
Es sind Nistkästen für Gebäudebrüter, Höhlenbrüter, Halbhöhlenbrüter, sowie Fledermauskästen im räumlichen Zusammenhang in den umliegenden Gehölzbeständen sowie in die Gebäudefassaden integriert, nach Absprache mit dem Amt für öffentliche Ordnung und Umwelt Fachbereich Naturschutz, anzubringen.
- Erhalt von Gehölzen:
Die gemäß den Bestimmungen dieser Satzung herzustellende Bepflanzung ist zu pflegen, zu erhalten und bei Verlust der vorgenannten Festsetzung zur Grünordnung Nr. 2 entsprechend nachzupflanzen.
Sollten als zu erhalten festgesetzte Gehölze durch Schadorganismen, Witterungseinflüsse oder aus sonstigen Gründen verloren gehen, so ist der im Grünordnungsplan festgesetzte Zustand innerhalb von 12 Monaten durch Ersatzpflanzung wiederherzustellen.
Dabei sind Einzelbäume in der gleichen Baumart in der Qualität 4x verpflanzt, Stammumfang mind. 18-20 cm an derselben Stelle nachzupflanzen. Hecken, Sträucher und sonstige Gehölzgruppen sind durch die Nachpflanzung von standortgerechten Gehölzen (siehe Hinweise zur Grünordnung Nr. 2) in gleichem Umfang zu ersetzen.

- Ausgleichsflächen:
Die mit Planzeichen „Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft - Ausgleichsfläche“ zeichnerisch festgesetzte Fläche wird den Eingriffen durch den Bebauungsplan und seine Umsetzung als interne Ausgleichsfläche mit 1.031 m² zugeordnet. Entwicklungsziel für die Ausgleichsfläche am Ostrand des Planungsgebietes ist eine artenreiche, dichte Baum- und Strauchhecke mit einem hohen Anteil an Vogelschutzgehölzen. Für die Pflanzungen gelten die Vorgaben der Festsetzungen zur Grünordnung Nr. 2.
Der nicht mit Gehölzen beplante Bereich ist mit autochthonem Saatgut für extensive Wiesenflächen anzulegen. (Herbstmahd 1x/Jahr mit Abfuhr des Mahgut) Auf den Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln ist zu verzichten. Ein Aufstellen von Bienekästen oder Insektenhotels in diesem Bereich wird vorgeschrieben.
Weiter wird den Eingriffen durch den Bebauungsplan und seine Umsetzung im städtischen Eigentum außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans anteilig eine Fläche von 997 m² auf Flur-Nr. 609/2, Gm. Wolfstsch zugeworfen. Entwicklungsziel der externen Ausgleichsfläche ist eine artenreiche Magerwiese.
- Lärmmindernde Ausführung:
Gerätschaften und Einrichtungen auf dem Sportplatz sind lärmmindernd auszuführen (z.B. keine Metalltore, lärmmindernde Ballfangzäune, Bodenbeläge, etc.).

E: HINWEISE DURCH TEXT

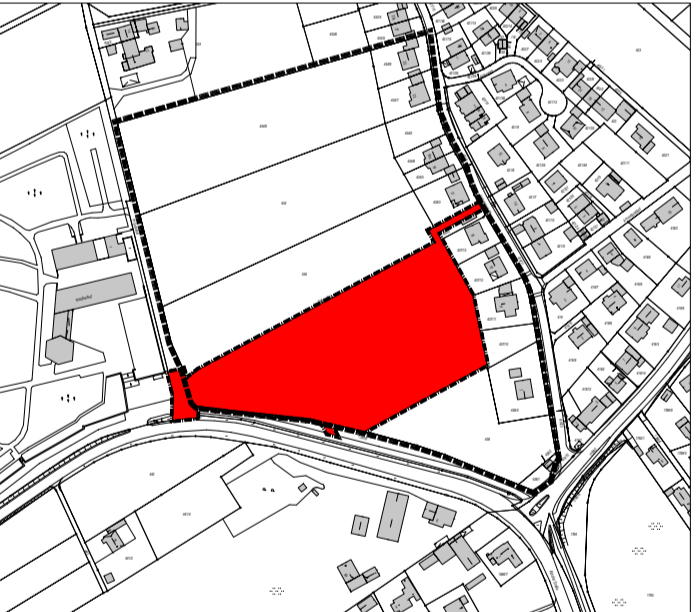
- Verkehr:
In den Grundstücksausfahrten sind Mindestsichtfelder zwischen 0,8 m und 2,5 m Höhe von ständigen Sichthindernissen, parkenden Fahrzeugen und sich bewegenden Bewohnern freizuhalten. Für die Bemessung der Sichtdreiecke gelten unter Zugrundelegung von Bild 120 RAS 06 Abschnitt 6.3.9.3 folgende Schenkellängen: vom Fahrbahnrand der Straße in die Ausfahrt 3,0 m, in der Straße 70m.
- Baugrund:
Bezüglich der Bodenverhältnisse und den daraus resultierenden Schusstfolgerungen für Ableitung von Niederschlägen und Sickerwasser wird auf den geotechnischen Bericht der IHI Ingenieurgesellschaft für Bauwesen und Geotechnik mbH vom 04.02.2020 verwiesen. Das Gutachten kann im Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung eingesehen werden.
- Verankerung:
Anfallendes Niederschlagswasser ist vor Ort dezentral und eigenverantwortlich, z.B. durch Versickerung in Mäulern / über belebte Oberbodenzone oder Rigolenysteme, zu versickern. Bei Bedarf ist ein entsprechender Bodenaustrausch zur Verbesserung der Versickerungsfähigkeit des Bodens vorzunehmen. Die Grundstück haben kein Einleitungsrecht für Niederschlagswasser in das Kanalsystem der Stadt Landshut. Bei der Versickerung von Niederschlagswasser sind die Vorschriften des WHG, des BayWG, der NitratreV sowie die einschlägigen technischen Regelwerke (TRENWG, DWA M 153, DWA A 138) zu beachten.
- Energie:
Zur Förderung einer nachhaltigen Energieversorgung wird auf das Gebäudeenergiegesetz (GEG) in der jeweils gültigen Fassung hingewiesen. Entsprechend müssen Anforderungen an die energetische Qualität von Gebäuden und an den Einsatz erneuerbarer Energien in Gebäuden eingehalten werden.
Eine energetische Qualität der Gebäude, die über die Mindestanforderungen des GEG hinausgeht wird empfohlen. Ebenso wird empfohlen regenerativer Energien über die Mindestanforderungen des GEG hinaus zu erzeugen/nutzen.
Das aktuell gültige Energiekonzept der Stadt Landshut ist zu beachten.

- Erdwärmel/Heizölverbrauchsanlagen:
Für die Errichtung, Änderung und Nutzungsänderung von baulichen Anlagen mit schutzbedürftigen Räumen im Sinne der DIN 4109-1:2016-07 "Schallschutz im Hochbau - Teil 1: Mindestanforderungen" (z.B. Unterrichtsräume, Büroräume) gelten nachfolgende Festsetzungen:
1. Die sich aus den festgesetzten maßgeblichen Außenlärmpegeln ergebenden erforderlichen Schalldämm-Maße der Außenbauteile nach der DIN 4109-1:2016-07 "Schallschutz im Hochbau - Teil 1: Mindestanforderungen" in Verbindung mit der E DIN 4109-1/A1:2017-01 "Schallschutz im Hochbau - Teil 1: Mindestanforderungen" sind zu planen, dass diese Fenster auf der, der „Altendorfer Straße“, abgewandten Fassaden aufweisen.
2. Klassenräume sind möglichst so zu planen, dass diese Fenster auf der, der „Altendorfer Straße“, abgewandten Fassaden aufweisen.
3. Die maßgeblichen Außenlärmpegel und die Bereiche, in denen Fenster zum Lüften geeignet sind, können alternativ auch auf Grundlage von Lärmpegelberechnungen und/oder Messungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ermittelt werden.
- Ver- und Entsorgungstrassen:
Bestehende Ver- und Entsorgungsanlagen sind bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern; sie dürfen nicht überbaut und die vorhandene Deckung nicht verringert werden.
Im südlichen Bereich angrenzend an den Verlauf des Geländebereichs verläuft ein 20kV-Mittelspannungskabel.
Im Falle von notwendigen Neu- oder Umverlegungen sind die jeweiligen Leitungsträger rechtzeitig vor Baubeginn zu informieren (Kabel Deutschland: mind. 3 Monate; Telekom: mind. 4 Monate).
- Altlasten:
Altlastenrechtlich relevantes Material ist zu separieren und belastungsgemäß nach den altlastrechtlichen Vorgaben zu entsorgen bzw. zu verwerten. Sofern bei gezielten Bodenbereichen mit geruchlich oder farblich auffälligem Material angetroffen werden, sind alle vorzunehmenden Schritte zu dokumentieren und das Amt für Öffentliche Ordnung und Umwelt, Fachbereich Umweltschutz, der Stadt Landshut zu informieren sowie das Wasserwirtschaftsamt Landshut einzuschalten.
- Bodendenkmäler:
Auf dem Gelände befindet sich das Bodendenkmal D-2-74380010. Dieses wurde größtenteils ausgegraben. Im Westbereich des Flurstücks sind noch Befunde aufzunehmen und zu untersuchen. Die Ausgrabung in den letzten Teilbereichen ist für Februar/März 2021 geplant. Sobald die Ausgrabungen abgeschlossen sind, kann das Grundstück denkmalgeschütztlich uneingeschränkt bebaut werden.
- Immissionen durch Landwirtschaft:
Befallt durch die Grünordnung ist bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung der umliegenden landwirtschaftlichen Flächen mit den üblichen Lärm-, Staub- und Geruchsimmissionen, auch nachts sowie an Sonn- und Feiertagen, zu rechnen. Diese sind zu hinzunehmen.
- Kampfmittel:
Die grundsätzliche Pflicht zur Gefahrenforschung und einer eventuellen vorsorglichen Nachschau bezüglich Fundmunition liegt beim Grundstückseigentümer. Das „Merkblatt über Fundmunition“ und die Bekanntmachung „Abwehr von Gefahren durch Kampfmittel (Fundmunition)“ des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren sind zu beachten.
Die Recherche der historischen Luftbilder lässt keine Kampfmittel auf den Grundstücken vermuten.

F: HINWEISE ZUR GRÜNORDNUNG

- Bauzeitenregelungen / Artenschutz:
Baumfällungen und Rodungsarbeiten sind nach Maßgabe der Verordnung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Landshut (Baumschutzverordnung) vom 01.08.1987 (bekannt gemacht in der Nr. 17 des Amtsblattes der Stadt Landshut vom 27.07.1987) möglich. Zum Schutz für im Gehölz brütende Vogelarten hat das Entfernen von Gehölzen außerhalb der Vogelbrutzeit (1. Oktober bis 28. Februar) zu erfolgen.
- Gehölzverwendung:
Für Neupflanzungen von Bäumen sind standortgerechte Laubgehölze gemäß Artensliste (siehe Anhang zur Begründung) zu verwenden. Der Standort, der gemäß Einschnitt in Bebauungsplan festgesetzten Bäume und Hecken darf von der Zeichnung abweichen. Die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzabstände sind einzuhalten.
Zum Schutz der Kinder ist bei der Bepflanzung der Gemeinbedarffläche, Zweckbestimmung Schule auf Pflanzen zu verzichten, die in der beim Informationszentrum (GIZ) Nord verfügbaren Liste der giftigen Pflanzen aufgelistet sind. Die Liste kann online abgerufen werden unter: <https://www.giz-nord.de/cms/index.php/liste-giftiger-pflanzenarten.html>
Das „Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungstrassen“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen in der jeweils gültigen Fassung ist zu beachten.
Gehölzgruppen, Bäume und Sträucher sind so zu pflanzen und zu pflegen, dass der ungeheilte Bewirtschaftung der angrenzenden landwirtschaftlichen Fläche gewährleistet werden kann.
- Fassadenbegrünung:
Fassaden sind nach Möglichkeit zu begrünen. Es sind Kletterpflanzen gemäß Artensliste (siehe Anhang zur Begründung) zu verwenden.
- Verwertung und Entsorgung von Bodenmaterial, Oberbodenbegrünung:
Bei allen Baumaßnahmen ist anfallender Oberboden soweit möglich für die Erstellung von Grünflächen oder für landwirtschaftliche Kulturzwecke wieder zu verwenden. Er ist so zu schützen und zu pflegen, dass er jederzeit wieder verwendungsfähig ist. Oberbodenlagerungen müssen in Mieten mit einer Basisbreite von mind. 3 m, einer Kronenbreite von 1 m und einer Höhe von max. 1,5 m angelegt werden. Flächenlagerungen dürfen nicht höher als 1 m sein. Oberbodenlager sind oberflächlich mit einer Deckschicht zu versehen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Verfüllung von Gruben, Brichen und Tagesbaugruben durch Bodengittermaterial mit hohem organischen Anteil (Oberboden, ammoorige und torfhaltige Böden) unzulässig ist. Beim Anfall größerer Mengen sind mögliche, rechtlich und fachlich zulässige Verwertungs- und Entsorgungswege (Materialmanagement) frühzeitig bei der Planung und im Rahmen von Aushubarbeiten zu berücksichtigen.

ÜBERSICHTSPLAN M 1 : 5 000



Maßstab 1 : 500
Plan zur grauen Maßnahme nicht geeignet!
Längsmaße und Höhenangaben in Metern
Maßstab ist die Baunutzungsverordnung i.d.F. der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (S. 5786)

Stand der Planunterlagen: 12-2020

Landshut, den 08.02.2019
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

geändert am: 18.12.2020

